



Interview vom 25.05.2009 im Handelsblatt

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes über die Weltwirtschaftskrise

Handelsblatt: Der Bundesnachrichtendienst hat sich jetzt mit der Analyse der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise beschäftigt – wieso eigentlich?

Ernst Uhrlau: Unser Grundauftrag lautet, Information von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für Deutschland zu sammeln und auszuwerten. Heute bezieht sich das nicht mehr nur auf das Militär, die Außenpolitik wird von ganz anderen Faktoren beeinflusst. Wenn Sie auf die Entwicklung der Stärke oder Schwäche von internationalen Spielern schauen, sind Sie sehr schnell bei Wirtschaftsfragen. Welche Faktoren beeinträchtigen die Stabilität eines Staates, wo drohen soziale Spannungen? Wir haben uns sehr frühzeitig mit transnationalen ökonomischen Fragen wie etwa der Energie beschäftigt. Was bedeutet ein hoher Ölpreis für Produzenteländer – oder wichtige Abnehmer wie China?

Handelsblatt: Dennoch haben Sie nun erstmals ein Szenario vorgelegt – was ist neu?

Uhrlau: Die Weltwirtschaftskrise ist ein unvergleichbares Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik. Und es gibt ein weltweites „black-box“-Problem. Niemand weiß, wie sehr starke Volkswirtschaften von der Krise getroffen werden. Wenn sogar die Supermacht USA derart getroffen wird, hat dies Auswirkungen für die kommenden Jahre. Wir erleben eine Metamorphose der Geopolitik.

Handelsblatt: Und was ist die Rolle des BND dabei?

Uhrlau: Die Krise hat alles verändert: Vor einem Jahr hatten wir noch überlegt, was der hohe Ölpreise an sozialen Revolten in Entwicklungsländern auslöst. Plötzlich purzeln die Energiepreise, das führt zu ganz anderen Destabilisierungen – etwa in den Produzenteländern. Anderen Staaten brechen in der Krise die Überweisungen legaler oder illegaler Migranten weg. Gleichzeitig muss man sehen, wie sich die massive Geldvernichtung auswirkt. Was bedeutet das eigentlich, wenn eine Handvoll Oligarchen in Russland mehr als 200 Mrd. Dollar verlieren?

Handelsblatt: Und die Antwort...

Uhr lau: ...haben wir in drei Szenarien entwickelt. Das erste geht davon aus, dass die Konjunkturlösungen weltweit bereits 2009 Wirkung zeigen. Dann kämen wir mit einer höheren Verschuldung wieder in eine Wachstumsphase – das wäre sicher die undramatischste Entwicklung. Die großen Ungleichgewichte etwa in den Leistungsbilanzen blieben aber. Deutschland hätte die Hoffnung, als Exportnation die Einbrüche relativ zügig wieder wettzumachen. Die Machtbalance zwischen den großen Spielern bliebe in etwa erhalten.

Handelsblatt: Und das zweite Szenario?

Uhr lau: Dieses geht davon aus, dass China stärker von den Wachstumsimpulsen profitiert als andere. Erholt sich China schneller, wird sein Gewicht in der Region und gegenüber den anderen Spielern steigen. Wird China der Motor der wirtschaftlichen Gesundung, wird das Land auch international aus einer anderen Position heraus operieren und Spielregeln mitbestimmen wollen.

Handelsblatt: Was spricht dafür?

Uhr lau: Etwa, dass China erhebliche Teile des großen Konjunkturprogramms dazu nutzt, die Infrastruktur zu modernisieren, aber auch seine militärischen Kapazitäten auszubauen. Nach dem Szenario geraten andere in den Sog Chinas, weil Wachstum vor allem von dort kommt. Die Ungleichgewichte in Asien würden sich verstärken, Indien weiter zurückfallen. Wir beobachten doch seit Jahren, dass China militärische Ambitionen ausbaut und sich durch Investitionen weltweite Stützpunkte sichert. Die sind zwar ziviler Natur. Später könnte aber über ein entwickeltes Vertrauensverhältnis und wirtschaftliche Abhängigkeit auch eine militärische Nutzung dazukommen.

Handelsblatt: Würde sich dann auch Russland auf China ausrichten?

Uhr lau: Nicht unbedingt. Russland würde den wachsenden Einfluss Chinas in Asien und den südlichen GUS-Republiken zu spüren bekommen. Aber in eine Abhängigkeit von Russland wird sich Russland nicht begeben wollen. Außerdem: China nimmt zwar russisches Öl und Gas ab, wird aber die sinkende Nachfrage in Westeuropa nicht ausgleichen. Russland bliebe deshalb weiter Richtung Europa orientiert.

Handelsblatt: Und was wäre das dritte Szenario?

Uhr lau: Auf jeden Fall das düsterste. Die Annahme ist hier, dass die Konjunkturprogramme nirgends greifen. Bei diesem Modell würden die USA ihre relative Stärke gegenüber allen anderen bewahren. China drohten dagegen erhebliche innere Konflikte, weil es zum Bruch mit der traditionellen Wachstumspolitik und zu sozialen und politischen Spannungen kommen dürfte. Die Gefahr wäre, dass interne Konflikte nach außen gelenkt werden könnten.

Handelsblatt: Welches Szenario ist aus Ihrer Sicht das wahrscheinlichste?

Uhr lau: Eine Mischung aus dem ersten und zweiten Szenario. Wir sehen derzeit, dass das Wirtschaftswachstum in China größer ist als bei anderen. Das liegt daran, dass dort weniger spekulativ gewirtschaftet wurde als etwa in Russland, die Sparquote höher und das Investitionsverhalten anders ist. Das Land stützt den Dollar, hat aber klar gemacht, dass es darüber auch stärker Einfluss nehmen will.

Handelsblatt: Fürchten Sie dann auch eine Destabilisierung in der westlichen Welt?

Uhr lau: Die Beobachtung der USA und der EU-Staaten gehört ja nicht zum BND-Auftrag. Aber ganz grundsätzlich schätze ich die Stabilität offener Gesellschaften höher ein. Staaten mit ausgeprägten Zivilgesellschaft sind in Krisen stabiler.

Handelsblatt: Aber haben wir nicht schon eine Systemdebatte?

Uhr lau: Ich schließe nicht aus, dass wir eine neue Diskussion über das liberale Wirtschaftsmodell oder mehr staatswirtschaftliche Element sehen werden. Aber ich glaube, dass die Grundausrichtung unserer Wertegesellschaft und –demokratie nicht in Frage gestellt wird. Wir haben Mechanismen zur Konfliktregulierung, die sich wesentlich von Transformationsgesellschaft unterscheidet. Dort spielen Sicherheitsorgane eine ganz andere Rolle. Dort könnten auch alte Konflikte wieder ausbrechen.

Handelsblatt: Droht auch die Zahl von „failed states“ wie Afghanistan zu steigen?

Uhr lau: In Afghanistan erwarte ich eigentlich keine großen Rückschläge durch die Krise, weil die internationale Unterstützung dort als Priorität gilt. Aber hält die Weltwirtschaftskrise an, droht tatsächlich die Gefahr, dass die Zahl der „failed states“ und dadurch der Druck auf internationale Interventionen steigen könnte. Vor allem stellt sich dann die Frage: Hat die

internationale Gemeinschaft eigentlich die Ressourcen, um überall intervenieren zu können? Ich erinnere nur an die vielen eingefrorenen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent.

Handelsblatt: In den vergangenen Jahren war oft von einem „Wirtschaftskrieg“ die Rede. Wächst der Druck, sich Vorteile zu verschaffen?

Uhrhau: Staaten, die keine klassischen Marktwirtschaften sind, nutzen Nachrichtendienste oft für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung und technologischen Fähigkeiten. Unternehmen, die in China investiert haben, haben ihre Erfahrungen damit gemacht, wie da abgekupfert wird. Allerdings: Wenn ich die wirtschaftliche Nutzung von Spionageerkenntnissen haben will, muss ich sehr genau wissen, was ich mit den Informationen anfangen kann. Die Sowjetunion etwa hat kräftig Informationen gesammelt, konnte damit nichts anfangen. Und ist Russland heute in der Lage, etwa die Exploration von Gas und Öl im Permafrostboden alleine zu bewerkstelligen, geschweige denn alleine zu finanzieren?

Handelsblatt: Hat der BND eigentlich die Kompetenz, die Folgen der Wirtschaftskrise zu analysieren? Werden Sie jetzt Präsident eines Analystenteams?

Uhrhau: Wir haben ja nicht den Ehrgeiz, zu einem Weltwirtschafts-Nachrichtendienst zu werden. Und wir sind nicht die Propheten wirtschaftlicher Entwicklung. Aber wir lassen allgemein zugängliche Daten in unsere Analysen von Stärken und Schwächen von Staaten einfließen. Übrigens hat der Bundesnachrichtendienst in den vergangenen zehn Jahren fast ein Drittel seiner Mitarbeiterschaft erneuert. Die Annahme, hier säßen nur Juristen und Soldaten, war immer schon falsch. Wir haben Mitarbeiter aus 60 verschiedenen Disziplinen. Wenn Sie Länder beurteilen wie auf dem Balkan, dann müssen Sie religiöse Struktur begreifen. Was bedeuten Brüche in den Clanstrukturen für die Sicherheit? Das hat durchaus wieder ökonomische Relevanz, etwa beim Thema Energie: Was bedeutet etwa, wenn ein Land mehrheitlich von einer Ethnie regiert wird, aber dort, wo Öl und Gas zu finden sind, eine andere, grenzüberschreitende Ethnie lebt?

Handelsblatt: Sie haben bislang das Problem des Terrorismus gar nicht erwähnt. Hat sich diese Gefahr in der Krise verringert?

Uhrhau: Nein. Der Terrorismus ist unabhängig von der Wirtschaftskrise, ist in einigen Bereichen allerdings Nutznießer. In den Ländern mit muslimischer Mehrheit oder Minderheit stärkt die Krise des bisherigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems islamistische

Organisationen. Diese sehen die Krise als Beleg, dass die angebliche Überlegenheit des westlichen Systems mittlerweile hinfällig ist. Damit könnte die Rekrutierung für Dschihad-Organisationen fördern.

Handelsblatt: Woher kommt damit die Bedrohung für Deutschland und Europa?

Uhr lau: Wir in Deutschland schauen sicher sehr stark in Richtung Afghanistan und Pakistan, weil wir dort eine Reihe von Bewegungen auch von deutschen Konvertiten zum Islam beobachten konnten. Der Maghreb ist aber für eine Reihe von EU-Staaten potentiell viel relevanter. Denken Sie an Spanien, Frankreich oder die Benelux-Länder. Mittlerweile ist die Terrororganisation El Kaida im Maghreb eine eingeführte Marke, mit der Fähigkeit Entführungen und Anschläge durchzuführen.

Handelsblatt: Aus deutscher Sicht ist aber Afghanistan und Pakistan wichtiger?

Uhr lau: Das stimmt. Eine Reihe von Personen, die dort hingegangen sind, haben angekündigt, Selbstmordanschläge zu verüben. Denken Sie an den Neukirchner Eric Breininger, der in Märtyrervideos auftritt. Die große Befürchtung ist, dass Personen mit deutschem Pass auch Anschläge auf die Bundeswehr in Afghanistan verüben könnten.

Handelsblatt: Gibt es einen sichtbaren Zusammenhang mit der Bundestagswahl?

Uhr lau: El Kaida, aber auch Taliban haben immer sehr sorgfältig darauf geachtet, Einfluss auf nationale Entscheidungsprozesse zu nehmen. In zwei Videobotschaften gab es bereits den Verweis auf die Wahlen im Herbst. Es fällt schon auf, dass die Taliban und El Kaida diese innenpolitische Seite in Deutschland genau im Visier haben: Sie wollen Deutschland als Teil der „Kreuzritter“ in Afghanistan angreifen, das ist ihre Kernbotschaft.

Handelsblatt: Das bezieht sich nur auf Anschläge auf die Bundeswehr, nicht auf Gefahren in Deutschland selbst?

Uhr lau: Ich sehe schon, dass die Mobilisierung für die Anschläge sich stärker in Richtung Afghanistan mit Ausbildung in Pakistan bewegt. Aber Sie werden immer mit in Rechnung stellen müssen, dass deutsche Staatsbürger auch außerhalb dieser Region angegriffen werden können. Die Entführung von vier Touristen kürzlich im Sahel-Bereich, zeigte, dass Geiselnahmen genau wie Anschläge dazu genutzt werden, Druck aufzubauen.

Handelsblatt: Ist die Torgefahr insgesamt also eher gewachsen?

Uhlau: Spektakuläre Anschläge wie in New York, Madrid oder London sind sicher sehr viel schwieriger geworden, weil die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden international seit dem 11. September 2001 verstärkt wurde. Aber das Ausweichen auf sogenannte „Hochwertziele“, etwa die spektakuläre Befreiungsaktion aus einem Gefängnis im afghanischen Kandahar macht deutlich: Die Terroristen sind immer noch handlungsfähig.

Handelsblatt: In wenigen Wochen wird der Bericht des BND-Untersuchungsausschusses vorgelegt. Bei Einrichtung des Ausschusses gab es die Befürchtung, die Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten könnte erschwert werden, wenn diese fürchten müssen, dass ihre Papiere dann in deutschen Medien landen. Hat sich das bewahrheitet?

Uhlau: Es gibt schon die Befürchtung einzelner Partner, Gegenstand einer öffentlichen Berichterstattung zu werden. Wenn Sie sich ansehen, was alles von den Kontakten des BND etwa mit Syrien auf einmal in Zeitungen stand, werden einige sich natürlich künftig zurückhalten.

Handelsblatt: Erschwert das geplante Gesetz zur stärkeren Kontrolle der Geheimdienste Ihre Arbeit?

Uhlau: Ich bin der Falsche, das zu kommentieren. Schon in meiner Zeit in Hamburg habe ich ja mit für eine parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste gesorgt. Aber meine Sorge bleibt, dass in Berlin zu viel von dem öffentlich wird, was dem Parlament geheim erzählt wurde. Und es gibt ein generelles Problem: Was sind eigentlich Sachverhalte, die der BND vorlegen soll? Mal fordern Politiker Lagebilder, mal Details. Hier wäre es gut, wenn die Politik klar sagt, was sie wann wissen will: Braucht sie eine Kontrolle ex-ante, ex-post oder begleitend?